



Sitzungs-Vorlage

Amt / Aktenzeichen I/41 /	öffentlich	Vorlage 2005/123	Datum 04.10.2005
------------------------------	------------	---------------------	---------------------

BERATUNGSFOLGE					
Gremium	Termin	EST	Beratungsergebnis		
			Ja	Nein	Enth.
Schul- und Kulturausschuss	27.10.2005				

**Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Ostbevern für die Jahre 2005 bis 2010
- Zwischenbericht**

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

derzeit keine

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert. ja nein []

Die Gleichstellungsbeauftragte ist beteiligt worden.

Sachdarstellung:

Der Rat der Gemeinde Ostbevern hat in seiner Sitzung am 30.06.2005 den Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Ostbevern für die Jahre 2005 bis 2010 zur Beratung an die Fraktionen verwiesen und die Verwaltung beauftragt, die notwendige Abstimmung mit den benachbarten Schulträgern und den Schulaufsichtsbehörden durchzuführen.

Die benachbarten Schulträger haben – insbesondere mit Blick auf die mögliche Errichtung einer Verbundschule – folgende Stellungnahmen abgegeben:

- **Stadt Greven**
hat den Entwurf des Schulentwicklungsplanes zur Kenntnis genommen.
- **Stadt Warendorf**
Gegen die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes bestehen aus Sicht der Stadt Warendorf, auch mit Blick auf die mögliche Errichtung einer Verbundschule in Ostbevern, keine Bedenken.
- **Gemeinde Lienen**
hat den Entwurf des Schulentwicklungsplanes zur Kenntnis genommen.
Eine Beratung in den politischen Gremien kann erst in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 14.11.2005 und im Rat am 12.12.2005 erfolgen. Die Verwaltung gibt die vorläufige erste Einschätzung ab, dass die Gemeinde Lienen die Errichtung einer Verbundschule in Lienen für ein wichtiges Ziel hält, das angestrebt werden soll, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen vorliegen.
- **Stadt Telgte**
Die Stellungnahme wird zur Zeit vorbereitet und in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 27.10.2005 zur Beratung vorgelegt.
- **Bischöfliches Generalvikariat**
Gegen die beabsichtigte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes bestehen auch unter Berücksichtigung einer etwaigen Errichtung einer Verbundschule keine Bedenken.

Die Schulaufsichtsbehörden haben folgende Stellungnahmen abgegeben:

- **Kreis Warendorf**
Gegen die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes werden keine Einwände erhoben.
- **Bezirksregierung Münster**
Nach dem Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes müssten bis zum Jahre 2014 durchschnittlich 55 % der Eltern ihre Kinder an einer aus Haupt- und Realschule zu bildenden Verbundschule anmelden, um die dafür vorgesehene Mindestgröße zu erreichen. In einzelnen Jahren müsste die Übergangsquote sogar auf bis zu 66 % anwachsen.

Ohne das Ergebnis einer konkreten Bedarfsabfrage der Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler lässt sich nicht verlässlich prüfen, ob eine Verbundschule in Ostbevern auf Dauer über mindestens drei Parallelklassen pro Jahrgang verfügen würde. Eine Verbundschule hat ihr eigenes Profil, das sich von dem einer Hauptschule oder Realschule deutlich unterscheidet. Schon deshalb hat nicht allein die Wohnortnähe, sondern auch die inhaltliche

Gestaltung, das Differenzierungsangebot an den vorhandenen Schulen in Nachbarkommunen, das Ansehen der Schulleitung etc. maßgeblichen Einfluss auf das Elternwahlverhalten. Mithin darf auch nicht von vorneherein unterstellt werden, dass eine Übergangsquote von 55 % auch tatsächlich erreicht werden kann. Diese Quote läge nämlich nur geringfügig unter der für alle Schülerinnen und Schüler für die kommenden 10 Jahre prognostizierten Übergangsquote zu einer Haupt- und Realschule von durchschnittlich 61 %.

Deshalb möchte die Bezirksregierung sich zu den Erfolgsaussichten eines eventuellen Genehmigungsantrages auf Errichtung einer Verbundschule nicht äußern, zumal derzeit verlässlich nicht bekannt ist, dass nach einer zu erwartenden Überarbeitung des Schulgesetzes die Möglichkeit, Verbundschulen zu errichten, weiter besteht.

Die Gemeinden Everswinkel und Ostbevern haben sich im Rahmen des Projektes „KNIFF“ dem Thema „Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Schulangebot im ländlichen Raum unter Berücksichtigung neuer Schulformen im Bereich der Sekundarschule“ angenommen. Die Arbeitsgemeinschaft „KNIFF – Kommunales Netzwerk Innovation Forschung Fortentwicklung“ ist ein Zusammenschluss aller 13 Kommunen des Kreises Warendorf und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster mit dem Ziel einer vertiefenden Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten, die der wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bedürfen.

Mitte September 2005 haben im Rahmen dieses Projektes Vertreter der Bezirksregierung, der Schulaufsicht des Kreises Warendorf, der Universität Münster, der Schulträger sowie Schulleitungen aus Everswinkel und Ostbevern an einem Expertengespräch teilgenommen.

Die Vertreter der Bezirksregierung wiesen darauf hin, dass die neue Landesregierung das im August 2005 in Kraft getretene Schulgesetz zum 01.08.2006 ändern wird und die Genehmigung zur Errichtung von Verbundschulen zum jetzigen Zeitpunkt der Zustimmung des Schulministeriums bedarf.

Die Verwaltung wird in der Sitzung weitere Erläuterungen geben.

Bürgermeister

Amtsleiter

Sachbearbeiter
